SPD-Fraktion

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Marc Knülle

Ratssitzung am 11.12.2013

Auszüge aus der zu Protokoll gegebenen frei gehaltenen Haushaltsrede:

Im 20.-ten Jahr begleite ich nun die Haushaltsberatungen als Mitglied des Rates und noch nie waren diese in der Sache so unpolitisch. Unpolitisch deswegen, da dem Rat die handwerklichen Möglichkeiten noch nicht an die Hand gegeben worden sind, um den neuen NKF Haushalt richtig zu steuern. Einen NKF Haushalt steuert die Politik in dem strategische- und operative Ziele festgelegt werden, die zu definierten Maßnahmen führen und mit Kennzahlen versehen werden, damit die Art und Weise der Umsetzung quantifiziert werden kann.
Die Verwaltung musste eingestehen, dass auf Grund der vorrangig zu leistenden Jahresabschlüsse der letzten Jahre, nach Einführung des NKF´s, die wichtigen Grundlagen eines NKF Haushaltes dringend als nächstes angegangen werden müssen. Die Initiative der SPD in der vorherigen Haushaltsdebatte hatte zwar über den Arbeitskreis Maßnahmen und Kennzahlen zum Teil schon einmal definiert, aber nur ganz spartanisch.
Die SPD fordert daher, dass wir nun zügig uns diesen Grundlagen widmen, damit der Rat wieder die Einflussmöglichkeiten im Rahmen der Haushaltsberatungen zurück erhält, um die Politik der Stadt besser zu steuern und entsprechende Rahmen zu setzen.
So wie es dieses Jahr war, geht es nicht. Und dass die CDU/FDP Mehrheitsfraktionen dieses NKF Verfahren zur Steuerung der Verwaltung über den Haushalt noch nicht verstanden hat, konnte man sehr gut an dem Antrag zur Verpflegungssituation an Grundschulen erkennen, den sie mit Biegen und Brechen durchsetzen wollte, Alle waren sich im Ziel einig, nur hat die CDU/FDP den richtigen Weg nicht erkannt. Sie hätte einfach nur das operative Ziel, die Maßnahmen und die zu erreichende Kennzahl bestimmen müssen, dann hätte die Verwaltung einen klaren Arbeitsauftrag gehabt. Gut, dass unter Einfluss der Ratsdebatte, der Antrag abgeändert wurde und nun NKF konform beschlossen wurde. Vor dem gesamten Hintergrund stimmt die SPD dem Haushalt als solches zu. Die Arbeit, die geleistet werden muss, ist nicht in diesem Haushalt festzumachen, sondern an den Rahmenbedingungen zum Haushalt. An denen muss nun hart gearbeitet werden, damit die Stadt zukunftssicher gestaltet werden kann.

Der vorgelegte Haushalt ist, wie die vorherigen, Herr Bürgermeister, keiner mit dem die Stadt neue Freiräume finanziell gewinnt, um neue Projekte anzugehen. Mit Beginn Ihrer Amtszeit vor 15 Jahren befindet sich die Stadt im Nothaushalt oder im Haushaltsicherungskonzept. Und Letzteres nur, weil das Land die Zeitspanne, in der ein Haushalt im Haushaltsicherungskonzept strukturell ausgeglichen sein soll auf 10 Jahre gestreckt hat. Sie haben es leider nicht geschafft einen finanzpolitischen Wechsel in unserer Stadt zu erzielen. Ihr vorgelegter Haushalt macht Ihre Finanzpolitik deutlich:
Das Eigenkapital reduziert sich dramatisch, um 31 % seit 2009 bis heute. Die Ausgleichsrücklage war schon in 2011 komplett aufgebraucht. Die Liquidität der Stadt kann nur durch hohe Kassenkredite gesichert werden. Die Höhe der teueren Kassenkredite steigt ins Unermessliche, mit allen Folgen für die Stadt. Gut, dass wir hier nun gemeinsam mit der beschlossenen Resolution bei der Landesregierung

einen vergünstigten Zugang zu Kassenkrediten einfordern. Aber die Grundlage unseres Bedarfes an Kassenkrediten liegt bei uns in der Stadt.
Weiter ist der Block der Transferleistungen der größte im Haushalt. Insbesondere die Ausgaben im Jugendhilfebereich steigen dieses Jahr um 1,3 Millionen. Riesendefizite hat uns das Zentrum-West eingebrockt mit einem über 20,6 Millionen negativem Abschluss. Gut, dass wir hierfür seit Jahren schon eine entsprechende Verlustrücklage gebildet hatten.
Die Schulden der Stadt liegen 2015 dann bei 122,5 Millionen. Auch hier hat es in den letzten 15 Jahren, Herr Bürgermeister, keine Kehrtwende gegeben. Sie haben weiter Schulden aufgebaut, statt abzubauen. Wenigstens in Ihrer Schlussfolgerung kann ich Ihnen beipflichten. „Die Ausgabenseite kann kaum reduziert werden. Die Einnahmeseite muss dringend verbessert werden!“ Nur Sie handeln leider nicht dementsprechend! Was haben Sie außer Steuererhöhungen an der Einnahmeseite am Haushalt verbessert? Kaum was! Die Riesenchance, die Einnahmeseite mit eigenen Stadtwerken zu verbessern, verschlafen sie nun schon seit 8 Jahren. Sie verzichten auf Einnahmen, nur weil Sie keinen Mut haben, sich gegen Großkonzerne zu stellen, zum Schaden der Stadt. Aber nehmen Sie gerne weiter an den Sitzungen des Rhenag-Beirates teil, statt der Rhenag klare Kante zu zeigen, nach dem Verhalten gegenüber Sankt Augustin!

Eigene Stadtwerke sind die einzige realistische und greifbare Chance, die finanzielle Situation der Stadt deutlich zu verbessern. Nur mal als Beispiel was die Stadt Troisdorf an Vorteilen aus den eigenen Stadtwerken in 2012 hatte:

<u>monetäre Vorteile (Zahlen 2012)</u>

- Der TroiKomm Konzern übernahm die Verluste für die Gesellschaften **AGGUA in**
- **Höhe von T€ 2.260** und **ÖPA in Höhe von T€ 404**.
- Darüber hinaus betrug die letzte **Gewinnausschüttung** der TroiKomm an die Stadt **T€ 3.326** (inkl. im Dez. 2012 durchgeführte Vorabausschüttung).
- Die **Gewerbesteuereinnahmen** der Stadt aus der TroiKomm betrugen **T€ 865.**
- Die **Konzessionsabgabe** der Stadtwerke Troisdorf, Bereich Netz betrug **T€ 3.552.**

Somit konnte die TroiKomm 2012 in **Summe mit T€ 10.407** zum Haushalt der Stadt Troisdorf beitragen.

<u>Weitere Vorteile (zumeist nicht monetär)</u>

- Ansprechpartner für wichtige Infrastrukturbereiche sind direkt vor Ort und kennen sich in Troisdorf aus.
- Mitgestaltungsmöglichkeiten der Stadt.
- Entwicklung von Grundstücken (industriell, gewerblich und als Wohnbebauung), somit weitere Einnahmen in der Gewerbesteuer.
- Enge Abstimmung zwischen den Sparten Strom, Gas, Wasser und Abwasser bei Sanierungs- und Baumaßnahen möglich, Nutzung von Synergien zur Optimierung von Kosten und Minimierung der Einschränkung durch Baustellen.
- TroiKomm und deren Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung für Troisdorf bewusst, kein anonymer Konzern der ausschließlich auf Gewinnoptimierung ausgerichtet ist.
  Engagement in Troisdorf (u.a. Unterstützung von Kunst, Kultur und Sportveranstaltungen, Bürgerinformation, Energieeffizienzberatung, ökologisches Engagement).

- Arbeitsplätze in Troisdorf ca. 300 (Vollzeit und Teilzeit).
- Angebot einer vor Ort Betreuung für Energiekunden, alles aus einer Hand (inkl. Abwasser).
- Einsatz von innovativen und klimaschützenden Techniken in Troisdorf (z.B. der Solarpark, Geothermie (geplant)).
- Angebote zur Steigerung der Attraktivität des Standorts Troisdorf.

Wir verzichten seit Jahren auf diese erheblichen Vorteile, sicherlich nicht in gleicher Höhe, aber mit Sicherheit weit über den paar Krümeln, von wenigen Hunderttausend Euro, die wir als Konzessionsabgaben zu den Doppelpachtverträgen bisher erhalten, Wir hätten seit Jahren Einnahmen von mehreren Millionen erzielen können, wenn nur der Mut bestanden hätte von Anfang an eine Klage gegen die Rhenag einzureichen und als EVG auch schon mit dem Vertrieb begonnen hätte. Hier verschläft die Stadt, durch die Rhenag freundliche Politik der CDU und des Bürgermeisters, eine der wesentlichsten Chancen die Einnahmeseite der Stadt zu verbessern. Mittel die dringend erforderlich sind, zum Beispiel zum Erhalt unserer städtischen Sozialstruktur. Daher sind wir in der Pflicht, unserer Verantwortung der Stadt gegenüber, hier aktiv zu werden. Umso schlimmer, dass die CDU/FDP nicht einmal unserem Antrag zur Aufstellung eines Verfahrens zur erneuten Beratung der Stadtwerkeumsetzung im Rat folgen konnte. Sie riskieren die Zukunft unserer Stadt!

Martin Luther. King hat mal gesagt: „Wir neigen dazu, Erfolg eher nach der Höhe unserer Gehälter und nach der Größe unserer Autos zu bestimmen, als nach dem Grad unserer Hilfsbereitschaft und dem Maß unserer Menschlichkeit.“

Übertragen auf unsere Stadt möchte ich damit deutlich machen, dass es zwar richtig und gut ist, dass wir mit der Zentrumsumgestaltung und dem HUMA-Neubau einen wichtigen Aspekt für unsere Stadt voranbringen. Und dafür dürfen wir auch Herrn Gleß als den Mann in der Verwaltung loben, der hier die Übersicht hat und die Dinge richtig vorantreibt. Aber die ganze Entwicklung des Zentrums darf uns nicht die anderen Politikfelder aus dem Auge verlieren lassen, wo es ganz eng um die Menschen geht, wo Hilfe benötigt wird und wo die Stadt durch eine gute Sozialpolitik Menschen Chancengleichheit geben kann.

Wir brauchen dringend die verbesserte Einnahmesituation im Haushalt, um die offenen Baustellen zu schließen. Stadtteile mit Wohnschwerpunkten, wie der Niederpleiser Wohnpark, benötigen dringend mehr Investitionen und Zuwendungen der Stadt. Die soziale Infrastruktur muss ausgebaut werden.
Die Menschen in unserer Stadt sollen mehr Zugänge zur Bildung erhalten. Die sozialen Strukturen müssen gestärkt werden, da gehören z.B. auch die Sportvereine dazu, die wichtige Sozialpolitik leisten. Das Ehrenamt muss gefördert werden. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Aber auch offene Jugendangebote, Hausaufgabenhilfen, Sozialberatung, Seniorenbetreuung und Vieles mehr muss dringend weiter aufgebaut werden.
Es gibt in unserer Stadt, Menschen, die nicht die Chancengleichheit haben sich erfolgreich entwickeln zu können, trotz eigenem Engagement. Sankt Augustin sollte neben den großen Leuchtturmprojekten, das Menschliche wieder mehr in den Fokus nehmen, damit wir eine soziale Stadt werden und wir durch das Maß an Hilfsbereitschaft und Unterstützung von Menschen glänzen.